



HESSISCHER LANDTAG

20. 06. 2017

Plenum

Antrag der Fraktion der SPD

betreffend Landesregierung sieht Schwächung des Luftverkehrsstandorts Frankfurt tatenlos zu

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt das Ergebnis einer aktuellen Studie des europäischen Flughafenverbands Airport Council International (ACI), die nach Auswertung der Anzahl der angefliegenen Ziele sowie der Häufigkeit und der Qualität der Verbindungen für alle Flughäfen festgestellt hat, dass der Frankfurter Flughafen der am besten vernetzte Flughafen der Welt ist. München belegt dagegen nur Platz 6, Düsseldorf Platz 16.
2. Der Hessische Landtag stellt fest, dass der Frankfurter Flughafen Jobmotor der Region ist. Über 80.000 Menschen arbeiten im unmittelbaren Umfeld des Flughafens. Damit ist der Flughafen ein unverzichtbarer Eckpfeiler der Infrastruktur für die Wohlstandsentwicklung in der Region. Eine gute wirtschaftliche Entwicklung in Hessen ist ohne eine gute wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens undenkbar. Eine positive Beschäftigungsentwicklung am Frankfurter Flughafen ist auch künftig mit der Stellung des Frankfurter Flughafens als internationales Drehkreuz eng verbunden.
3. Der Landtag kritisiert, dass diese herausragende Konnektivität des Frankfurter Flughafens, der gerade weltweite Spitze bescheinigt wurde und die der Schlüssel für den Standort als Arbeitsplatzmotor ist, durch das Verlagern von fünf Airbus A 380 von Frankfurt nach München geschwächt wird. Damit entscheidet die Lufthansa zum zweiten Mal binnen weniger Wochen, mit ihrem Langstreckengeschäft außerhalb ihrer wichtigsten Basis Frankfurt zu wachsen, nachdem bereits im März bekannt wurde, dass die Lufthansa 15 ihrer insgesamt 25 neuen A 350 von München aus starten lassen will.
4. Der Landtag bedauert, dass die von der Lufthansa im Gegenzug neu in Frankfurt stationierten A 340 laut Fraport "älter, kleiner und in Summe lauter sind" als die nach München verlagerten A 380. Der Landtag stellt zudem fest, dass die A 340 im Gegensatz zu den A 380 auch auf der Nordwest-Bahn landen können und es daher durch diese Verschiebung im Flottenmix zukünftig auch zu einer Verschiebung in der Fluglärmbelastung der Anwohner kommen kann.
5. Der Landtag bedauert, dass nach der Entscheidung, Ryanair in Frankfurt zu stationieren, nun zum zweiten Mal eine Entwicklung eintritt, die weder für die fluglärmgeplagten Anwohner noch für die Beschäftigten am Flughafen vorteilhaft ist. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich für den Erhalt und den Ausbau der Arbeitsplätze insbesondere im Bereich der Wartung und Abfertigung einzusetzen. Der Landtag fordert die Landesregierung zudem auf, sich dafür einzusetzen, dass leise und moderne Flugzeuge nach Frankfurt kommen, statt von dort abgezogen zu werden.
6. Der Landtag kritisiert die Landesregierung dafür, dass sie keine echte Initiative unternommen hat, um die Zukunftsfähigkeit des Frankfurter Flughafens zu steigern. Das Wachstum bei den Passagieren (minus 0,4 %) und den Flugbewegungen (minus 0,9 %) ist nicht erst im Jahr 2016 gegenüber der innerdeutschen und europäischen Konkurrenz zurückgefallen. Das Land Hessen hätte als größter Anteilseigner an der Fraport AG die Pflicht gehabt, über die Entscheidungsgremien des Unternehmens Einfluss auf die Unternehmensstrategie zu nehmen und über landespolitische Initiativen die Rahmenbedingungen für den Luftverkehrsstandort Frankfurt zu verbessern.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich aktiv in den Konflikt zwischen der Fraport und der Lufthansa einzubringen und sich für eine zukunftsfähige Weiterentwick-

lung der Zusammenarbeit der beiden Systempartner einzusetzen. Der Landtag kritisiert, dass die Landesregierung durch monatelanges Unterlassen sehenden Auges zu einer Verstärkung des Konfliktes beigetragen und diesen dann durch die Verweigerung ihres Genehmigungsspielraums bei der neuen Entgeltordnung sogar noch verschärft hat. Der Wirtschaftsminister hätte den rechtlichen Spielraum gehabt, keine Rabatte für neue Anbieter auf Bestandsstrecken zu genehmigen, und er hat durch den Verzicht auf diesen Spielraum fahrlässig eine Wettbewerbsverzerrung geschaffen.

Wiesbaden, 20. Juni 2017

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel